

seien als offizielle Delegation in der Bundesrepublik willkommen.

Die Geheimdienstler wollten vor allem wissen, ob die Aufständischen bereit seien, sich von al-Qaida zu distanzieren. Wenn ja, sei eine Reihe von Gegenleistungen in einem mehrstufigen Prozess denkbar, der mit humanitären Hilfen für die afghanische Bevölkerung beginnen und an dessen Ende offizielle Verhandlungen stehen könnten. Die Taliban-Vertreter pochten auf eine Anerkennung als politische Kraft, ähnlich wie Sinn Fein in Nordirland oder die PLO im Nahen Osten. Sie wollten von der Terrorliste gestrichen werden.

Beide Seiten trafen sich mehr als ein halbes Dutzend Mal. Noch im selben Jahr wurde das Projekt in aller Stille beendet. Der damalige Geheimdienstkoordinator und heutige BND-Chef Ernst Uhrlau befand, Verhandlungen mit den Taliban seien nicht Aufgabe des BND. Der Draht sei zu kappen.

Westerwelles. Wichtig sei nur, dass Vereinbarungen auf Grundlage der afghanischen Verfassung stünden.

Das darf man nicht allzu ernst nehmen. In der Verfassung ist unter anderem festgelegt, dass Männer und Frauen gleiche Rechte und Pflichten haben und der Staat gegen den Drogenanbau vorzugehen hat. Regionale Machthaber, die sich der Gleichberechtigung der Frauen und dem Krieg gegen das Rauschgift verpflichtet fühlen, werden sich aber nur schwer finden lassen. Das weiß man auch in Berlin.

Es ist offen, ob es Merkel gelingen wird, die Genossen an Bord zu halten. Die SPD-Führung will sich bald positionieren. Am 22. Januar soll es im Willy-Brandt-Haus ein Hearing mit Experten geben, drei Tage später soll Altkanzler Schmidt mit dem Parteivorstand über das Thema diskutieren.

Nach dem bisherigen Plan soll daraus ein Beschlussvorschlag entstehen, über den die Partei dann im Februar diskutieren kann. In welcher Form das geschehen soll, ist bislang offen, doch auf Grundlage der Rückmeldungen soll auf Bundesebene die endgültige Position beschlossen werden. Extrempositionen wie Forderungen nach dem sofortigen Abzug werden dabei allerdings nicht einfließen.

Das Signal aber ist gesetzt. Entscheidet sich die Regierung gegen mehr Kampftruppen, kann Gabriel behaupten, sie schließe sich der SPD-Linie an. Will die Koalition die Kampftruppen doch aufstocken, kann sich die SPD aus der Verantwortung für den Einsatz verabschieden und darauf verweisen, die Regierung gewarnt zu haben.

Gabriels neuer Kurs ist nicht ohne Risiko. Eine

Konfrontation mit der Regierung kommt jenen in der SPD-Fraktion entgegen, die den Einsatz immer skeptisch gesehen oder ihn gar abgelehnt haben. Wenn sich die Sozialdemokraten von dem Einsatz grundlegend distanzieren, dann droht ihnen ein Glaubwürdigkeitsproblem.

Die Gefahr ist führenden SPD-Politikern bewusst. Vorstandsmitglied Niels Annen teilt zwar die Ablehnung zusätzlicher Kampftruppen, warnt aber: „Aus den acht Jahren Präsenz dort ergibt sich auch eine Verpflichtung. Es wäre problematisch, wenn wir jetzt die Haltung einnehmen würden, einfach zu gehen, weil wir uns das alles anders vorgestellt hatten“, sagt er. „Wir dürfen uns nicht komplett von der Politik der letzten Jahre verabschieden.“

CHRISTOPH HICKMANN,  
RALF NEUKIRCH, HOLGER STARK



Verteidigungsminister Guttenberg\*: Rasanter Kurswechsel

Der neue Anlauf soll dem Westen ermöglichen, ohne Gesichtverlust aus Afghanistan abzuziehen. Weil das eine schwierige politische Operation ist, war man im Kanzleramt und im Auswärtigen Amt über Mützelburgs Auftritt nicht amüsiert. Über die Konsequenzen der neuen Strategie wollen Merkel und Außenminister Guido Westerwelle nicht reden. Die Namen der potentiellen Partner in Afghanistan könnten Wähler abschrecken und der SPD nutzen.

Lieber will die Regierung die Verantwortung nach Kabul abschieben. Es sei vor allem Sache der afghanischen Regierung, Verhandlungspartner vor Ort zu finden, heißt es in der Umgebung Merkels und

\* Mit afghanischen Würdenträgern am 11. Dezember in Kunduz.



Berliner Szenebezirk Friedrichshain, Installateur

STADTENTWICKLUNG

## Kampf um den Ostkiez

Brennende Autos und Stinkbomben in Szenebars: In Berlin-Friedrichshain ist der Konflikt mit Autonomen zum Stellvertreterkrieg um Verdrängung ausgeartet.

Selbst das Bordell nebenan musste aufgeben. „Die Miete war wohl zu hoch, oder die Preise waren zu niedrig“, sagt Norbert Günther. Er ist Klempnermeister, 68 Jahre alt und einer der letzten Alteingesessenen in Berlin-Friedrichshain. Die Nachbarn sind fort, die alten Freunde verzogen, nur Günther verkauft weiter Wasserhähne, Dichtungen, Rohre und Waschbecken, zum Teil noch aus alten DDR-Beständen.

Seine kleine Installateurfirma hat den Sozialismus erfolgreich überstanden, aber kann sie auch die kommende Zeit überleben? Pünktlich zum 50. Geschäftsjubiläum hat ihn der neue Besitzer aus den Räumen an der Simon-Dach-Straße geworfen – die Adresse ist in Reiseführern seit einiger Zeit als „hip“ oder „Szeneviertel“ beschrieben. Ein Klempner passte nicht mehr dorthin, Günther kämpft nun eine Straße weiter um Kundschaft. Und er will bleiben: „Mich muss man zur Tür raustragen, wenn es so weit ist.“

Rasend schnell hat sich Friedrichshain vom Arbeiterviertel zum Szenequartier gewandelt, zwei Drittel der Bewohner rund um den Bahnhof Ostkreuz sind erst in den vergangenen sechs Jahren zugezogen. Das ist das eine Phänomen. Bald 300 Autos wurden dieses Jahr in Berlin angezündet, nirgendwo in der Hauptstadt waren es so viele wie im alten Ostkiez. Das ist das andere Phänomen.



CARSTEN KOALL

Günther: „Niemand hat das Recht zu bestimmen, wer in welchem Stadtteil wohnen darf und wer nicht“

Drei Welten prallen in Friedrichshain aufeinander. Da sind die Ur-Ossis wie Klempnermeister Günther, dann die Autonomen und Hausbesetzer, die bald nach der Wende kamen, und schließlich die jüngst Zugezogenen: Akademiker und andere Leute mit Geld, die den Kiez in einen der kinderreichsten Berlins verwandeln.

Der Kampf im Kiez ist ein Streit um Lebensentwürfe, ein Streit über das Tempo, in dem sich die Stadt wandelt – und darüber, wer sie verändert. Dieser Kampf wird mit Worten ausgetragen, aber eben auch mit Brandsätzen gegen Autos, Stinkbomben in Bars und Drohungen auf offener Straße. Inzwischen liegen in dem Stellungskrieg die Nerven blank. Eine sogenannte Brandstreife, Zivilpolizisten, die durch den Kiez ziehen auf der Suche nach möglichen Auto-Attentätern, wusste sich bei einer Attacke durch Jugendliche nur noch durch einen Schuss in den Unterschenkel eines Angreifers zu wehren.

Die Auseinandersetzungen haben die Kiezgrenze schon überschritten, sie sind Folge der Gentrifizierung des Ost-Berliner Zentrums: Verdrängung durch Wohlstand nennen Wissenschaftler diesen Prozess.

Er ist inzwischen eines der drängendsten Probleme des rot-roten Senats des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit. Innensenator Ehrhart Körting (SPD) verglich die Autonomen mit „rotlackierten Faschisten“; für die Räumung eines Hauses in Berlin-Mitte setzte er vor wenigen Wochen 600 Polizisten ein. Das Land will Stärke demonstrieren: Monatlang wurde eine Verdächtige in Untersuchungshaft festgehalten, musste aber schließlich vom Vorwurf der Brandstiftung freigesprochen werden. Auch Wowereit schwenkt inzwischen auf die Null-Toleranz-Linie ein, niemand habe „das Recht zu bestimmen, wer in welchem Stadtteil wohnen darf und wer nicht“, sagt er.

Die so Gescholtenen sehen sich aber nicht als Täter, sondern als Retter – es sind die Autonomen, die den Widerstand gegen die Aufwertung ihres Viertels organi-

sieren. In ihre Wohnungen lassen sie Fremde nur noch ungern, aber man kann sie treffen in linken Szenekneipen wie dem Zielona Gora am Boxhagener Platz. Hier ist das Bier noch billig und das Weltbild eindeutig: Kampf dem Kapitalismus. Die selbsternannte Sprecherin der autonomen Aktivistinnen nennt sich Lisa Müller. Unter dem rotgefärbten Haarschopf funkeln braune Augen, Antworten gibt sie, bevor überhaupt Fragen gestellt werden, Zweifel kennt sie nicht.

Dass in Berlin jede Woche Autos brennen, werde unfairerweise allein den Autonomen angelastet. Da seien viele Trittbrettfahrer unterwegs, betrunkene Jugendliche, die vom „guten Kampf gegen die Aufwertung des Viertels und die Verdrängung“ gar keine Ahnung hätten.

Die Sprecherin hat sich vorbereitet, sie zitiert Statistiken: Nur zehn Prozent der Bevölkerung lebten länger als 15 Jahre im Kiez. Weil die Zuzügler gut verdienen, hätten die Mieten entsprechend angezogen. Der Effekt: Arme, Alte, Arbeitslose würden verdrängt. „Wir kämpfen nicht für uns.“ Aber auch ihre eigenen legalen linken Hausprojekte seien nun bedroht durch Räumungsklagen von Investoren.

Nur ein paar Straßen entfernt vom Zielona Gora hat die kommunale Stadtforschungsagentur ASUM ein Büro. Dort wird der Wandel des Kiezes wissenschaftlich begleitet. Die Zahlen der Autonomen seien schon richtig, heißt es dort. Aber ganz so einfach ist das mit dem Feindbild vom Immobilienhai nicht mehr. Friedrichshain ist beliebt geworden bei gut und normal verdienenden Familien: ein schönes Altbauviertel, ruhig, aber doch nahe am Treiben der Hauptstadt. Die Familien kaufen Eigentumswohnungen oder ziehen als sogenannte Baugruppe neue Häuser hoch. Sie füllen die Schulen und Kindergärten, sorgen mit ihrer Kaufkraft dafür, dass die vielen kleinen Läden überleben können.

Als Beate Klemm, 38, ihre Buchhandlung „Lesen und lesen lassen“ 1996 eröffnete, gehörte sie zu den ersten Geschäftsleuten

in Friedrichshain. Inzwischen bevölkern am Wochenende ganze Busladungen mit Touristen die Kneipenmeile rund um die Simon-Dach-Straße. Als Friedrichshainer Institution und Miterfinderin einer Gruppe junger Existenzgründerinnen versucht sie zwischen den Interessen zu vermitteln. „Wir müssen aufpassen, dass die Atmosphäre nicht kippt“, sagt sie, „aber der Kiez muss sich doch entwickeln dürfen.“

So herrscht eine angespannte Atmosphäre in dem Stadtteil, eine unübersichtliche Gemengelage von tatsächlicher und gefühlter Bedrohung. Hier treffen sich im Grunde Linke oder Linksliberale in den verschiedenen Phasen ihres Lebens: linke Einsteiger ins bürgerliche Leben mit Geld und gutem Gewissen gegen linke Aussteiger, die an ihrem Modell festhalten wollen. Und beide behaupten von sich, „die Guten“ zu sein, deren Lebensentwürfe den Ureinwohnern des Kiezes wie Klempner Günther dienen. Die Autonomen wollen mit ihren Abwertungsaktionen die Miete für Günther günstig halten. Die Zugezogenen sorgen mit ihrer Kaufkraft dafür, dass der Selbständige Aufträge erhält.

Nur den Friedrichshainer Klempner selbst hat nie einer gefragt, ob er gerettet werden will – und von wem. Wenn man ihm erzählt, dass sich beide Gruppen auf Menschen wie ihn beziehen, lacht er laut. „Mit mir“, sagt er, „hat das nichts zu tun.“

MARKUS DEGGERICH